



Anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt Kazan im Jahre 2005 wurde eine U-Bahn eingeweiht, die zunächst aus zwei Stationen bestand.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland sind ein wichtiges Feld sozialwissenschaftlicher Forschung: Erstens prägen diese Beziehungen das Leben der Bürgerinnen und Bürger der EU und Russlands entscheidend mit, zweitens handelt es sich um den für unsere Zeit so charakteristischen Fall von Beziehungen zwischen staatlichen und supranationalen Institutionen. Dieses internationale Forschungsfeld ist in den vergangenen beiden Semestern in eine ihm entsprechende Lehrform umgesetzt worden, nämlich in ein Projektseminar, das interdisziplinär – politikwissenschaftlich und soziologisch – angelegt war und international durchgeführt wurde: An der Justus-Liebig-Universität Gießen und an der Staatlichen Universität Kazan (Tatarstan, Russische Föderation) fanden während des Semesters parallel Lehrveranstaltungen statt, und in den vorlesungsfreien Zeiten trafen sich die Studierenden zu Workshops – zunächst in Kazan, dann in Gießen. Auf diese Weise wurden nicht nur „Fakten“ vermittelt, sondern auch wechselseitige Wahrnehmungsmuster und unterschiedliche Unterrichtsstile thematisiert. Die inhaltlichen Ergebnisse des Projektseminars wurden in Kazan und Gießen in zwei Sammelbänden veröffentlicht.

Internationale Problemlagen – internationale Lehrformen

Bericht über ein sozialwissenschaftliches Lehrforschungsprojekt an den Universitäten Gießen und Kazan (Tatarstan)

Von Andreas Langenohl und
Kirsten Westphal

Das Thema ist in seiner Komplexität eine Herausforderung für die universitäre Lehre in den Sozialwissenschaften. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation sind seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1989/1991 durch eine Reihe von Abkommen institutionalisiert, verbreitert und vertieft worden. Dennoch hat sich gerade 2005 und 2006 gezeigt, dass einige ungelöste Fragen und Themen einer anvisierten „strategischen Partnerschaft“ im Wege stehen. Prominentestes Beispiel ist der russisch-ukrainische Streit um Gaspreise, in dessen Verlauf es auch zu einem Druckabfall in europäischen Gasnetzen kam. Dieses Ereignis hat in einer Reihe von anderen Geschehnissen der letzten Jahre auf europäischer Ebene auch die Diskussion über das europäisch-russische Verhältnis neu entzündet. Dabei ist insbesondere die Frage ins Zentrum gerückt, ob Russland als ein verlässlicher Partner gesehen werden kann, und zwar nicht nur in Bezug auf stabile und sichere Energielieferungen, sondern auch in Bezug auf globale Fragen der Weltwirtschaftsordnung, der Sicherheitspolitik, der Behandlung von Umwelt- und Klimaproblemen etc. In Folge der Gaskrise sah sich die EU-Kommission veranlasst, von Russland die Ausgestaltung einer *echten* und damit wertebasierten strategischen Partnerschaft einzufordern.

An dieser Entwicklung wird deutlich, dass offensichtlich Sand ins Getriebe der EU-russischen Beziehungen gekommen ist und sich die Ausgestaltung der geschlossenen Abkommen schwieriger gestaltet als erwartet. Dies ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das seit seinem Inkrafttreten 1997 die Beziehungen der EU mit der Russischen Föderation weitgehend strukturiert hat, 2007 nach zehn Jahren auslaufen wird. Zwar würde sich das Abkommen automatisch jeweils um ein Jahr verlängern, dennoch würde eine solche Minimallösung dahingehend interpretiert werden, dass die EU-Russland-Beziehungen in eine Sackgasse geraten sind.

In der Tat kann man argumentieren, dass die Beziehungen zwischen der EU und Russland momentan in einer schwierigen und gleichzeitig wichtigen Phase stecken, da immer deutlicher Unterschiede in den Interessen, aber auch den normativen Grundorientierungen zu Tage treten. Dies ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht hochrelevant und macht eine Erweiterung des Untersuchungsfokus auf soziologische Zusammenhänge erkenntnisleitend.

Eine Analyse der Dokumente und ihrer Genese zeigt zunächst nur, dass die Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland mit der Unterzeichnung des schon

erwähnten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens 1994 begann, das aber wegen Kontroversen um den ersten Tschetschenienkrieg erst 1997 in Kraft trat. Dieses Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist zunächst nicht exklusiv auf die Beziehungen zwischen der EU und dem großen Partner im Osten zugeschnitten. Vielmehr waren die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ein erstes Instrument der EU, um die Beziehungen mit den ehemaligen Ostblockländern auszugestalten. Die Abkommen wurden also mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion geschlossen und umfassten die drei wichtigen Dimensionen der Zusammenarbeit: politischer Dialog, wirtschaftliche Kooperation und sozio-kulturelle Kooperation. Einen klaren Schwerpunkt bildete die politische Kooperation mit ihrer Betonung der demokratischen Werte und Menschenrechte. Die in den EU-Verträgen formulierten Werte sind ad definitionem auch in den Außenbeziehungen umzusetzen und bilden für die Wertegemeinschaft der EU einen deutlichen Schwerpunkt, auch weil dieses Feld in der EU in einem breiten Konsens ausformuliert worden ist.

Allerdings lässt sich mit der Amtsübernahme durch Wladimir Putin und dem Jahr 2000 eine Verschiebung in den bilateralen Beziehungen konstatieren. So genannte pragmatische Fragen



Geschichte und Gegenwart Tatarstans überragen die ehemalige Khanats-Stadt. Während der Turm (rechts) zu dem historischen und UNESCO-geschützten Ensemble des weitläufigen Kremls gehört, wurde die Moschee (links) zwischen 1994 und 2004 in arabischem Stil erbaut. Sie wurde an der Stelle innerhalb des Kreml errichtet, an der man den Standort ihrer historischen Vorgängerin vermutet, die 1552 von den Truppen Ivans des Schrecklichen zerstört wurde.

der Wirtschaftskooperation gerade auf dem Gebiet des Energiehandels bestimmen seitdem die Agenda deutlich mit und lassen politische Fragen in den Hintergrund treten. Auch die internationale Großwetterlage trägt zu einer Annäherung der EU, aber auch ihrer Mitgliedsstaaten, in erster Linie Frankreich, Deutschland und Italien, an Russland bei. Als Beispiel hierfür wäre in erster Linie der Irak-Krieg zu nennen, aber auch der 11. September 2001, der von Putin für eine Neupositionierung Russlands auf der internationalen Bühne genutzt worden ist. Die Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus Russlands durch die EU im Jahr 2002 und die Unterzeichnung eines Protokolls zum Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2004 sind hierfür beredte Beispiele. Mit der Fokussierung auf die Wirtschaftsbeziehungen ging auch der Wunsch nach einer Vertiefung der Kooperation einher, der sich dann auch 2003 in der Konzeptionalisierung von „vier gemeinsamen Räumen“ vertiefter Zusammenarbeit niederschlug. Die Tatsache aber, dass die EU und Russland dann weitere zwei Jahre brauchten, um die so genannten „roadmaps“ zu den gemeinsamen Räumen der wirtschaftlichen Kooperation, der Kooperation im Bereich Freiheit, Innere Sicherheit und Justiz; der Kooperation im Bereich Äußere Sicherheit

und in Forschung, Bildung und Kultur zu formulieren, zeigt, dass in den letzten Jahren die Dissonanzen wieder stärker zu Tage getreten sind.

Ausschlaggebend für offene Differenzen und Streitigkeiten waren u. a. die so genannten „farbigen Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und in Kirgisistan sowie das Vorgehen der russischen Armee in Tschetschenien. Weniger öffentliche Beachtung fanden die gleichwohl ebenso wichtigen Unterschiede, die sich im wirtschaftlichen Bereich zeigten und über aktuelle Tagesfragen hinausgehen, da sie eine mögliche Harmonisierung der Rechtsrahmen berühren. Insbesondere soll Russland seine rechtlichen Normen an die EU anpassen; in welchem Rahmen ist Gegenstand innenpolitischer und bilateraler Überlegungen, da sich ein Spektrum eröffnet, das von der Übernahme von WTO-Normen bis zu einer Übernahme des Acquis, also des gemeinsamen Gesetzesbestands, reicht.

Die nun offen zu Tage getretenen Dispute legen die völlige Unterschiedlichkeit staatlicher, außenpolitischer und weltordnungspolitischer Konzeptionen offen. In Russland spielt eine starke, effiziente Staatlichkeit eine zentrale Rolle, und der Erhalt der staatlichen Souveränität nach innen und nach außen ist nach den Erfahrungen der Umbruchjahre oberstes Gebot. Ganz

anders die Europäische Union: Hier ist ein besonderes politisches Gebilde mit supranationalen und intergouvernementalen Elementen entstanden, in dem die Abgabe von Souveränität auch interpretiert wird als Zuwachs an kollektiver Sicherheit, an Wohlstand und – zum Teil – auch an außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Handlungsfähigkeit. Daraus hat sich auch ein unterschiedliches Weltordnungsverständnis entwickelt: Während Russland als ehemalige Supermacht und als ehemaliges zaristisches Imperium weiterhin einen Großmachtstatus in einer multipolaren Welt mit verschiedenen Machtzentren beansprucht, verfolgt die Europäische Union eine „soft power“-Strategie, mit der sie ihr eigenes Modell zu exportieren sucht und eine multilaterale Weltordnung mit internationaler Verrechtlichung und wirtschaftlicher Verflechtung propagiert. Während also Russland im Sinne des (Neo-)Realismus nach Unabhängigkeit und Mächtegleichgewicht strebt, baut die EU idealiter im Sinne einer positiven Interdependenz auf Verflechtung, Verregelung und Subordination unter eine internationale Rechtsordnung. Hier tritt an die Stelle von Macht das internationale Recht.

Diese idealtypische Darstellung im Rückgriff auf Theorien der internationalen Beziehungen legt die unterschiedlichen Ordnungsmodelle offen, die beide Akteure in der Ausgestaltung ihrer Beziehungen verfolgen. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Verhältnis der beiden Akteure auch unter einem interdisziplinär geleiteten Perspektiv- und Ebenenwechsel analysiert werden muss, denn die EU ist so wenig ein einheitlicher Akteur wie Russland. Nicht erst nach der Osterweiterung im Jahr 2004 verfolgen die Mitgliedsstaaten häufig andere (Macht-) Strategien als die EU selbst. Auch die Russische Föderation stellt ein heterogenes Gebilde dar mit autonomen Regionen wie beispielsweise Tatarstan.

Für beide Akteure sind also unterschiedliche Ebenen bei der Politikset-

zung relevant. Gleichzeitig spielen soziokulturelle Implikationen wie „Einheit in Vielfalt“ aus Sicht der EU und Vielvölkerstaatlichkeit aus Sicht der Russischen Föderation eine Rolle. Ökonomisch sind beide Akteure bedeutend für den regionalen Wirtschaftsraum ebenso wie für die globalen Handelsbeziehungen. Die EU ist einer der größten Wirtschaftsräume weltweit und tritt sowohl als Promotor als auch als Regulator einer globalen Handelsliberalisierung auf. Der gemeinsame Markt und die Wirtschafts- und Währungsunion verhelfen der EU zu enormer Wirtschaftsmacht. Russlands Rolle in der Weltwirtschaft leitet sich zunehmend aus seiner Rolle als strategischer Energielieferant – auch für die EU – ab. Zugleich wird in Russland die Rolle des Staates in der Wirtschaft anders definiert, und das Verhältnis von Staat und Wirtschaftssubjekten gestaltet sich anders aus.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei allen Unterschieden das klare Gebot besteht, einen effizienten, legitimationsbasierten *modus vivendi* in den Beziehungen zu finden, denn die bilateralen Beziehungen haben nicht nur konkrete Auswirkungen auf die Politik in den beteiligten Staaten und auf die Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger, sondern determinieren das Verhältnis zu den gemeinsamen Nachbarländern im Osten und im Süden und haben somit auch globale Auswirkungen. Für beide Akteure, die EU und Russland, ist der jeweils andere ein wichtiger Partner bei der Lösung von regionalen und globalen Problemen sowie ein Bezugspunkt für die gesellschaftliche Entwicklung und bei der Politikformulierung und -gestaltung.

Vom Lernen zum Forschen: Inter- und transnationale Beziehungen und entsprechende Lehrkontexte

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation bedürfen aus sozialwissenschaftlicher Sicht eines theoretisch-konzepti-

onellen Zugangs, der Begrifflichkeiten wie Souveränität, Neorealismus, Staatlichkeit, Inter-, Supra- und Transnationalität operationalisiert. Gefordert ist eine Mehrebenenanalyse, die nicht nur Politikfelder untersucht, sondern die dahinterstehenden Wertorientierungen und Normsetzungen und deren Wechselwirkung zum Gegenstand macht. Dass es nicht nur um die Beziehungen zwischen zwei (außen-)politischen Einheiten geht, die prinzipiell mit dem Instrumentarium klassischer („realistisch“ genannter) Ansätze innerhalb der Forschungen zu internationalen Beziehungen geht, wird schon aus dem Umstand ersichtlich, dass weder die EU noch die Russische Föderation Nationalstaaten im klassischen Sinne sind. Die EU ist eine Mixtur aus intergouvernementalen und supranationalen Regelungsarrangements, während die Russische Föderation mit ihrem Hegemonieanspruch innerhalb der Region, der aus der sowjetischen Zeit stammt, nicht einfach als ein Nationalstaat unter anderen betrachtet werden kann – davon zeugen auch jüngste sozialwissenschaftliche Versuche, die politischen Entwicklungen in Russland nicht in Begriffen eines Nationalstaats, sondern eines Imperiums zu denken. Die Beziehungen zwischen den beiden Einheiten EU und Russland umfassen daher mehrere Dimensionen, wie z.B. Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und supranationaler Ebene einschließlich der sich daraus ergebenden Komplikationen.

Darüber hinaus weist das Verhältnis eine Vielzahl ökonomischer, sozialer und kultureller Komponenten auf, in denen sich EU und Russische Föderation (RF) wechselseitig konstituieren, indem – etwa durch Migrationsprozesse – europäische Vorstellungen und Stereotypen über Russland bestätigt oder modifiziert werden und umgekehrt – z.B. durch die verschiedenen Programme der EU wie TEMPUS, TACIS etc. – Normsetzungen in der EU in Russland implementiert werden und dort zu Reaktionen führen. Ein interdisziplinäres Herangehen, das sich Erklärungsmus-

tern aus Soziologie, Kulturanthropologie, Politikwissenschaft und Institutionenökonomik bedient, ist daher angebracht, diese Zusammenhänge stärker zu beleuchten.

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland können daher nicht unabhängig von den Sinngebungsprozessen untersucht werden, in denen sich diese Beziehungen erst konstituieren und in denen ihnen gesellschaftliche Bedeutung verliehen wird. Dies hat Konsequenzen für die Frage, wie dieses komplexe Wechselverhältnis in der akademischen Lehre zu behandeln sei. Unser Ansatz besteht darin, diese Sinn dimension der Beziehungen zwischen der EU und der RF nicht nur zu einem Gegenstand, sondern zu einem Strukturmerkmal des Unterrichts zu machen, indem wir ihn interdisziplinär und international anlegen. Dadurch wird es möglich, unterschiedliche Perspektiven auf den Gegenstand zu artikulieren, sie miteinander ins Verhältnis zu setzen und ihre volle Sinndimension zu enthüllen.

Diese Problematiken können in der universitären Lehre kaum in einem Semester oder im Rahmen herkömmlicher Lehrformen vermittelt werden. Viel versprechend sind Lehrformen, die gleichermaßen Internationalität und Interaktion fördern. Im Wintersemester 2005/06 und im darauf folgenden Sommersemester fanden an den Universitäten Gießen und Kazan (Tatarstan) in den entsprechenden Instituten parallel Lehrveranstaltungen zu den Beziehungen zwischen der EU und der RF statt, die interdisziplinär ausgerichtet waren. Die Arbeitssprache der Workshops und damit auch des Gießener Seminars war Englisch, was an sich zwar einen Anspruch, aber auch bereits eine Herausforderung darstellte. Während im Wintersemester allgemeine Aspekte dieser Beziehungen besprochen wurden, diente das Sommersemester der fokussierten Aufarbeitung bestimmter aktueller Herausforderungslagen, wie etwa der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bei der internationalen Terrorismusbekämpfung.

kämpfung, unterschiedlichen Ansätzen zur gesellschaftspolitischen Dimension von Multikulturalität und Aspekten von Nichtregierungsorganisationen wie etwa Menschenrechtsgruppen und deren internationale und transnationale Vernetzung zwischen der EU und der RF und Fallbeispielen der Wirtschaftskooperation.

Nach beiden Semestern fanden Workshops statt, auf denen die Studierenden zusammen geführt wurden und die jeweiligen Resultate ihrer Semesterarbeit vorstellten. Der erste Workshop fand im März 2006 in Kazan, der zweite im Juli in Gießen statt. Zu beiden wurden Expertinnen und Experten für Vorträge eingeladen, der Großteil der Zeit wurde indes auf studentische Arbeit verwandt. Den Fortschritt dieser Arbeit kann man dabei auf die Formel „Lernen – Reflektieren – Forschen“ bringen: Bei dem ersten Workshop in Kazan wurden nicht nur Ergebnisse präsentiert, sondern auch die Positionen, von denen aus sie formuliert wurden. Darüber wurden Anreize vermittelt, studentische Forschungsprojekte für das

nächste Semester anzustoßen und zu strukturieren.

An einem Beispiel möchten wir diesen Reflexionsprozess verdeutlichen. Bereits am ersten Tag des Workshops in Kazan wurde deutlich, dass die Frage der Beziehungen zwischen der EU und Russland kaum unabhängig von der Frage zu diskutieren ist, vor welchem normativen Hintergrund die Positionen jeweils artikuliert werden. Dieser normative Hintergrund wiederum verweist auf Selbst- und Fremdbilder, die die Studierenden in der Diskussion zunächst implizit voraussetzten, die dann aber im Laufe der Diskussion artikulierbar und analysierbar wurden. So kam bei den Gießener Studierenden recht schnell eine Auseinandersetzung darüber auf, ob die RF eine realistische Chance habe, in die EU aufgenommen zu werden, worauf einige der Kazaner Studierenden mit einer Schwerpunktverlagerung reagierten: Zu diskutieren sei, ob ein Beitritt aus Sicht Russlands überhaupt wünschenswert sei. Auf diese Weise wurden nicht nur unterschiedliche Vorannahmen über das Verhältnis

zwischen EU und Russland sichtbar – wem obliegt die Initiative? – sondern es wurde auch deutlich, dass diese Vorannahmen, oftmals vorreflexiv, „sachliche“ Diskussionen strukturieren. Die Diskussion über den fakultativen EU-Beitritt Russlands enthüllte sich so als ein kommunikativer Modus der Artikulation und Aushandlung von Selbst- und Fremdbildern, der von der „eigentlichen“ Frage – die Beziehungen zwischen der EU und Russland – nur schwer zu trennen ist.

Ergebnisse

Die Formel „Lernen – Reflektieren – Forschen“ wird in den parallel laufenden zweisemestrigen Seminaren (Lernen), den beiden Workshops (Reflektieren) und den konkreten Arbeitsergebnissen (Forschen) greifbar. Die Ergebnisse des Seminars sind vor allem in zwei Sammelbänden dokumentiert, die im Anschluss an die beiden Workshops herausgegeben wurden. Mit diesen Bänden haben die Studierenden nicht nur die Möglichkeit erhalten, die Arbeitsergebnisse ihrer kleinen, über zwei Semester entwickelten Forschungsprojekte einer größeren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, sondern auch akademische Diskursformen und Arbeitsweisen einzuüben (darunter auch die oftmals unvermeidliche Änderung bereits fertig gestellt geglaubter Texte „auf den letzten Drücker“).

Wichtiger noch als diese materialen Ergebnisse des Lehrforschungsprojekts, die den Studierenden vielleicht auch bei berufsbiografischen Entscheidungssituationen von Nutzen sein werden, ist für uns als Lehrende indes die Erfahrung gewesen, dass sich unterschiedliche Perspektiven auf „ein und dasselbe“ Thema in ein produktives Lehrprinzip umwandeln lassen. Dabei geht es nicht nur um das Erlernen „interkultureller Kompetenz“, sondern aus wissenschaftlicher Sicht in erster Linie darum, die Wirkung der Artikulation unterschiedlicher Perspektiven auf die fachliche Debatte analysieren zu können. Vor diesem Hin-



PD Dr. Andreas Langenohl

Institut für Soziologie
Karl-Glöckner-Straße 21 E
35394 Gießen
Telefon: 0641 99-23303
E-Mail: andreas.langenohl@sowi.uni-giessen.de

Andreas Langenohl, Jahrgang 1970, Studium der Soziologie, Slawischen und Englischen Sprachwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen, in Kazan (Tatarstan, Russische Föderation) und Simferopol (Ukraine). Promotion 1999 zum Thema Erinnerung und Modernisierung. Politische Kollektivität im Neuen Russland. Seit 2002 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Universität Gießen im Bereich Kultur- und politische Soziologie. Seit 2003 Leiter des Forschungsprojekts Professionelle Erinnerung an der Börse. Die Markt-Zeit der Globalisierung im Sonderforschungsbereich Erinnerungskulturen (SFB 434) an der Universität Gießen. 2003 Research Fellowship am Department for German Cultural Studies der Cornell University (USA). 2005 Habilitation zum Thema Tradition und Gesellschaftskritik: Modernisierungstheorie nach dem Untergang politischer Ordnungsvisionen. Publikationen zu kollektiver Erinnerung und zur Demokratisierung ehemals staatssozialistischer Gesellschaften, zu gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und zur Soziologie der Finanzmärkte.



Die Verkündigungskathedrale (1556) und die Azimov-Moschee (2004) liegen beide innerhalb der Mauern des Kasaner Kreml. Sie stehen dem Selbstverständnis der autonomen Republik Tatarstan nach für das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen im postsowjetischen Raum.

tergrund sind „Missverständnisse“ oftmals produktiver als sofortiges interkulturell-kompetentes Einordnen.

Auch für die Lehrenden war dieses Lehrforschungsprojekt daher aufschluss- und ergebnisreich im Sinne eines Forschens – Lehrens – Reflektierens. Bei beiden Lehrenden sind die bilateralen Beziehungen Teil ihres Forschungsfokus; außerdem haben sie dabei auch schon sowohl in der Forschung als auch in der Lehre zusammengearbeitet. Dennoch war dieses Projekt für uns einzigartig, da diese intensive Zusammenarbeit über ein Jahr und in zwei sehr intensiven Workshop-Wochen Einblicke in die studentische Lebens- und Ar-

beitswelt und in studentische Motivationsstrukturen eröffnet hat. Nach ersten Anlaufschwierigkeiten in der interdisziplinären Umsetzung und der Organisation der Exkursionen haben uns das Engagement und die Leistungen der Studierenden tief beeindruckt, die letztlich im Ergebnis unsere Erwartungen übertrafen. Zugleich erlaubten uns die zweisemestrige Veranstaltung und die Vorbereitung, mehr Wert auf Arbeits- und Vermittlungstechniken zu legen, als es in einer konventionellen Veranstaltung möglich gewesen wäre. Letztendlich lag aber das größte Plus in der Internationalität des Projektes und in der Interaktion mit den Studieren-

den und den Kolleginnen und Kollegen in Kazan, was auch unseren Studierenden eine hohe Motivation und den meisten Erkenntnisgewinn vermittelte.

So haben wir an dieser Stelle all jenen zu danken, die dieses Projekt finanziell ermöglicht haben und ohne deren Unterstützung die Exkursionen nicht zu realisieren gewesen wären. Unser Dank gilt auch und ganz besonders den Kolleginnen und Kollegen in Kazan Dr. Lilia Ilikowa, und Dr. Sergey Yerofeev, aber vor allem den Studierenden, die unsere Idee mit großem Enthusiasmus realisiert und in eigenen Projekten weiterentwickelt haben. •

LITERATUR

Andreas Langenohl/Kirsten Westphal (Hg.): *Conflicts in a Transnational World: Lessons from Nations and States in Transformation* (= Schriften für Entwicklungs- und Umweltforschung), Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang, 2006.

Wir danken den folgenden Einrichtungen für die finanzielle und administrative Unterstützung des Projektseminars: den Instituten für Politikwissenschaft und Soziologie und dem Dekan des Fachbereichs 03 der Universität Gießen, den Partnerschaftsbeauftragten der Universitäten Gießen und Kazan, Prof. Dr. Michael Schmitz und Dr. Sergey Yerofeev sowie Nataliya Möser, der Staatlichen Universität Kazan, dem Institute for Public Management (Kazan) und der Giebener Hochschulgesellschaft e.V.



Dr. Kirsten Westphal

Institut für Politikwissenschaft
Karl-Glöckner-Straße 21 E
35394 Gießen
Telefon: 0641 99-23133
E-Mail: kirsten.westphal@sowi.uni-giessen.de

Kirsten Westphal, Jahrgang 1969, Studium der Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Geschichte in Augsburg und Hamburg. Promotion 1999 an der Justus-Liebig-Universität Gießen zum Thema *Russische Energiepolitik. Ent- oder Neuverflechtung von Staat und Wirtschaft?* Seit 2003 wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen im Bereich Internationale Beziehungen und Außenpolitik. Leiterin mehrerer TEMPUS-Projekte mit russischen Universitäten. Publikationen zu EU-Außenbeziehungen und internationaler Energiepolitik.